



Die Landtagsfraktion

**CDU**

# Daniel Sieveke MdL

Paderborn, 28.04.2016

*Daniel Sieveke und Dr. Josef Düllings aus Paderborn kritisieren NRW-Gesundheitsministerin:*  
**„Einstellung zu Krankenhäusern ist unverantwortlich und schadet der Region!“**

Der Paderborner Landtagsabgeordnete Daniel Sieveke (CDU) zeigt sich empört über die jüngsten Äußerungen der nordrhein-westfälischen Gesundheitsministerin Barbara Steffens (Grüne): „Wir haben in Nordrhein-Westfalen ein System, nachdem die Krankenkassen den Betrieb der Häuser finanzieren und das Land die Investitionen.“

„Wenn es denn tatsächlich so wäre, könnte man ja Entwarnung geben!“, kritisiert Daniel Sieveke das Handeln der Landesregierung angesichts eines exorbitant hohen Investitionsstaus. Dieser liegt nach einer aktuellen, erstmals flächendeckenden Erhebung in den Krankenhäusern NRWs bei mittlerweile rund 12,5 Milliarden Euro. „Dies ist das größte Armutszeugnis, das sich die Landesregierung selbst ausstellen kann. Denn die Krankenhausversorgung zählt zu den Kernaufgaben der staatlichen Daseinsvorsorge. Genau dabei kann man der Landesregierung nur eklatantes Versagen vorwerfen“, so Daniel Sieveke.

Sieveke hat bereits im vergangenen Jahr und in dieser Woche mit Verantwortlichen von Krankenhäusern in OWL gesprochen. „Was ist das für eine Ministerin, die ihren originären Zuständigkeitsbereich einfach beiseiteschiebt?“, beschreibt Sieveke, was sich insbesondere in Ostwestfalen-Lippe jetzt wohl viele Akteure im Krankenhaussektor fragen. Sieveke weiter: „Wir haben diesen immensen Investitionsstau in den Häusern und der führt direkt zu Benachteiligungen bei den Patienten! Wenn allein die Paderborner Krankenhäuser über 16 Mio. Euro Finanzierungslücke überwinden sollen und einen Investitionsstau von 131 Mio. Euro vor sich hertragen müssen, dann kann eine Landesregierung angesichts entsprechender landesweiter Dimensionen doch nicht einfach alles für gut erklären!“

„Der Wirtschaftsplan 2016 der St. Vincenz-Krankenhaus GmbH Paderborn mit drei Standorten weist einen akuten Investitionsbedarf von etwa 35 Mio. Euro aus“, so Dr. Josef Düllings, Hauptgeschäftsführer und ehrenamtlicher Präsident des Verbandes der Krankenhausedirektoren Deutschlands (VKD). „Dieser Investitionsbedarf ist im Wesentlichen auf den Investitionsstau zurückzuführen. Lediglich 12,2 Mio. Euro können nach dem Wirtschaftsplan aus den gesetzlich vorgeschriebenen Fördermitteln aufgebracht werden, weil das Land zu wenig bereitstellt. Der größte Teil von 22,8 Mio. Euro muss aus den Betriebserlösen finanziert werden. Aufgrund der maximal möglichen Leistungsfähigkeit des Krankenhauses können von der Gesamtfördersumme pro Jahr nur knapp 23 % oder etwa 8 Mio. Euro investiert werden.“ Das Land verstoße laut Düllings eindeutig gegen das Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG), dessen Zweck nach § 1 die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser sei, um eine Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhäusern zu gewährleisten. Nach § 4 KHG werden die Krankenhäuser unter anderem dadurch wirtschaftlich gesichert, dass ihre Investitionskosten vollständig im Wege öffentlicher Förderung übernommen werden. Und nach § 6 KHG stellen die Länder zur Verwirklichung der in § 1 genannten Ziele Investitionsprogramme auf. Die gesetzlichen Regelungen könnten klarer nicht sein, so Düllings. Dennoch nehme das Land aufgrund falscher Haushaltsprioritäten den Gesetzesverstoß, gegen den sich das einzelne Krankenhaus nicht wehren könne, billigend in Kauf – und zwar zu Lasten der Beschäftigten und letztlich der Patienten, die mit einer in weiten Teilen abgeschriebenen Infrastruktur versorgt werden müssten.

Es sei „erbärmlich“, dass nun auch in diesem Politikfeld die derzeitige Regierung in Düsseldorf „die Flügel strecke“, so Sieveke. „Was ist denn Rot-Grün überhaupt noch wichtig? Das ist ein fatales Nicht-Regieren, was hier an den Tag gelegt wird!“, sieht der Abgeordnete negative Gemeinsamkeiten mit anderen Politikfeldern wie der Haushaltspolitik, der Bildungspolitik und insbesondere auch der Innenpolitik und Fragen der Inneren Sicherheit. Der Krankenhausgesellschaft NRW (KGNW), welche die Krankenhäuser zum aktuellen Finanzbedarf befragt hatte, nun vorzuwerfen, dass diese nicht länger nach Berlin rufe, sondern sich an die für sie zuständige Landesregierung wende, das sei schlichtweg „haarsträubend“. „Schert jemand aus dem Chor derjenigen aus, die für jedes Problem, das NRW nicht anpackt, nach der Bundesregierung rufen, dann kommt dieser offenbar auf die rote Liste dieser Landesregierung!“, empört sich Sieveke auch über den politischen Stil der Ministerin.

Das sei im Übrigen auch kein professioneller Umgang mit Gestaltungspartnern in der Gesundheitsbranche, die auf drängende Problembestellungen aufmerksam machten. „Während die Ministerpräsidentin gerade mit der KGNW gemeinsam eine Initiative für bessere Hygiene in Krankenhäusern promotet, schießt ihre eigene Ministerin gegen diese Organisation, weil sie die Wahrheit einfach nicht hören will. Das ist eine Frechheit!“, so Sieveke abschließend.



Daniel Sieveke MdL



Dr. Josef Düllings